



Antrag

Vorlage: AT/0010/2024		Datum: 24.01.2024	
Verfasser:	02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Az.:	
Betreff:			
Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, WGS und DIE LINKE-PARTEI.: Resolution für die Demokratie und gegen den Faschismus			
Gremienweg:			
01.02.2024	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
		öffentlich	

Beschlussewurf:

Antragsteller: Die, die Demonstration „Für die Demokratie - gegen den Faschismus“ vom Samstag den 20. Januar 2024 tragenden Stadtratsfraktionen von Die Grünen, SPD, FREIE WÄHLER, Wählergruppe Schängel und Die Linke und Die Partei.

Der Stadtrat möge beschließen:

Resolution

Für die Demokratie – gegen den Faschismus

Der Stadtrat von Koblenz setzt ein klares und unmissverständliches Zeichen gegen den wiedererstarkenden Faschismus und gegen rechtsextremes Gedankengut.

In der Historie unseres Landes haben der Faschismus und antidemokratisches Gedankengut im Gewand des Nationalsozialismus als destruktive und menschenfeindliche Ideologie für unermessliches und unentschuldbares Leid gesorgt. Sei es der gezielte und industriell betriebene Mord an mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden und vielen weiteren ethnischen Gruppen, die Entrechtung und Verfolgung von Oppositionellen, Homosexuellen, Freigeistern und Künstlern, grausame Euthanasie-Programme oder ein Krieg, der als Flächenbrand nahezu die ganze Welt in Brand setzte. All dies und noch vieles mehr war Folge des faschistischen Regimes der Nationalsozialisten.

Dieser geschichtliche Hintergrund ist ein Erbe, an das wir gerade angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahre erinnern und dass wir uns im demokratischen Wettstreit der Parteien immer wieder bewusst machen müssen. Denn auch, wenn die heute lebenden Menschen nicht die Schuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten tragen, so ist es doch unsere Pflicht, aus der Geschichte zu lernen und sicherzustellen, dass sich diese nicht wiederholt.

Umso erschreckender ist es zu erleben, wie in unserem Land wieder Jüdinnen und Juden angegriffen werden, wie Migrantinnen und Migranten stigmatisiert werden und sich queere Menschen nicht mehr sicher fühlen können. Wie Politiker und geistige Brandstifter ungestraft rechtsextreme Parolen und Narrative verbreiten und sich dafür noch bejubeln lassen. Wie Ängste geschürt und die Sorgen der Menschen mit vermeintlich einfachen Lösungen und Feindbildern missbraucht werden.

Die Verrohung der Sprache und des Miteinanders, die Verbreitung von Falschinformationen und das Instrumentalisieren von Protesten mit dem Ziel, Menschen aufzuhetzen und hinter einer antidemokratischen und gesellschaftszersetzenden Agenda zu versammeln, sind das Werk der rechtsextremen Agitatoren. Nach deren menschenverachtenden Plänen, als sogenannte „Remigration“ beschönigend bezeichnet, sollen Millionen in Deutschland lebende Menschen mit Migrationsgeschichte, auch solchen mit deutschem Pass, deportiert werden. Es ist skandalös, dass diese faschistischen Phantasien bei einem an die historischen Gegebenheiten der Wannseekonferenz erinnernden Treffen diskutiert wurden, bei dem unter anderem auch Mitglieder der AFD und der Werteunion anwesend waren. Durch die Correctiv-Recherche wurde ihnen die Maske der Bürgerlichkeit heruntergerissen.

Dahinter ist die hässliche Fratze des Faschismus deutlich erkennbar geworden. Dagegen sind in den vergangenen Tagen und Wochen in ganz Deutschland hunderttausende Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft auf die Straße gegangen. Das ist ein überwältigendes Zeichen gegen den Faschismus und für die Demokratie. Der Koblenzer Stadtrat erklärt sich solidarisch mit den Demonstrierenden, insbesondere mit den mehr als 5000 Menschen, die in Koblenz auf die Straße gegangen sind. Es ist an den demokratischen Kräften, geeint zusammenstehen und in einem breiten Schulterschluss zu verhindern, dass Faschisten unser Land erneut ins Verderben stürzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft. Wir werden sie nicht den Menschenfeinden und Faschisten überlassen. Nie wieder ist Jetzt!

Begründung:

Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Klimaschutz: